

Tätigkeitsbericht 2021

Inhalt

Einleitung.....	1
1. Digitale Dienste – Digitale Rechte.....	2
2. Kampagne „Reclaim Your Face!“.....	2
3. Bundestagswahl.....	3
4. Beteiligung am Bündnis Digitale Zivilgesellschaft.....	4
5. Urheberrecht und Uploadfilter.....	5
6. TERREG: EU-Verordnung zur Bekämpfung terroristischer Inhalte.....	7
8. Verschärfung des Verfassungsschutzrechts.....	7
9. BYTE CLUB.....	7
9. Intransparenz im Cybercrime Komitee.....	8
10. Ausweitung des Europol-Mandates.....	8
11. Beteiligung an der Unteilbar-Demo.....	9
12. Privacy Week Berlin.....	9
13. Netzpolitischer Abend & rC3.....	10
14. Mitgliederversammlung und neuer Vorstand.....	11
Unterstütze uns!.....	11

Einleitung

Wir möchten allen danken, die uns in diesem Jahr unterstützt haben und mit denen wir zusammen arbeiten durften. Gemeinsam treten wir für eine Digitalisierung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, der Verbraucher und Verbraucherinnen ein. Damit meinen wir: Mündigkeit und Kompetenz in der Nutzung digitaler Technologien, den Erhalt demokratischer Mitbestimmung und Grundrechte in der digitalen Transformation sowie die Reflexion dieser Entwicklungen in Wissenschaft und Bildung. Die Arbeit der Digitalen Gesellschaft e. V. (im Folgenden auch: DigiGes) ist ohne unsere Spenderinnen und Spender sowie die Fördermitglieder nicht möglich. Gerne würden wir noch mehr leisten, denn es ist viel zu tun. Vor allem möchten wir in unserer Arbeit unabhängiger werden von Fördergeldern und Projekten. Wer die Digitale Gesellschaft unterstützen möchte, findet alle notwendigen Informationen hierzu auf unserer [Webseite](#).

1. Digitale Dienste – Digitale Rechte

Ein großer Schwerpunkt des letzten Jahres lag auf dem Digital Services Act, der im Rat der Europäischen Union und im Europäischen Parlament verhandelt wurde und sich nun in der Endphase des Gesetzgebungsprozesses befindet.

Dazu haben wir einige zentrale Punkte dieses umfangreichen Regulierungswerks herausgearbeitet und neun Forderungen aufgestellt, um die geplante Plattformregulierung im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer und ihrer Grundrechte zu gestalten: [Digitale Dienste – Digitale Rechte](#)

Neben Hintergrundgesprächen mit Verantwortlichen haben wir auch – gemeinsam mit anderen Organisationen – versucht, öffentlichen Druck auf die Abgeordneten im Europäischen Parlament auszuüben. In einem [offenen Brief von 14 Organisationen](#) an alle Abgeordneten haben wir einige Kernforderungen herausgearbeitet, insbesondere bezüglich des Haftungsregimes und starrer Fristen für das Löschen von Inhalten.

In einem weiteren [offenen Brief](#) an die Mitglieder des Binnenmarkts- und Verbraucherschutzausschusses (IMCO) haben wir gemeinsam mit 49 anderen Organisationen noch einmal deutlich auf die Probleme von Empfehlungsalgorithmen und mögliche Lösungen hingewiesen. Eine Diskussion, die nicht zuletzt durch die [Anhörung der Whistleblowerin Frances Haugen](#) nun deutlich intensiver geführt wird.

Das Ende des Jahres war von den Diskussionen über den DSA in Brüssel geprägt. Im Dezember hat der federführende IMCO-Ausschuss seinen Bericht beschlossen, der die Grundlage für Parlamentsposition in den anstehenden Verhandlungen über die endgültige Fassung sein wird. Bis zuletzt haben wir versucht, Einfluss zu nehmen, durch Hintergrundgespräche und enge Zusammenarbeit mit European Digital Rights (EDRi) und es wurden gegenüber dem Kommissionsentwurf auch einige Verbesserungen aufgenommen, auch wenn es ambitioniertere Positionen, etwa ein Verbot verhaltensbasierter Werbung, nicht in den Bericht geschafft haben. Unsere Stellungnahme zu dem Kompromiss findet Ihr [hier](#).

2. Kampagne „Reclaim Your Face!“

Seit Ende Februar 2021 ist die Digitale Gesellschaft Teil der EU-weiten Kampagne „Reclaim Your Face!“. Gemeinsam mit 50 anderen europäischen Organisationen fordern wir ein Verbot der biometrischen Massenüberwachung. Dabei beteiligen wir uns sehr aktiv, insbesondere in der deutschen Koordination. Um die Grundrechte auf Privatsphäre, freie Meinungsäußerung, öffentlichen Protest und Diskriminierungsfreiheit zu gewähren, muss eine Überwachung mithilfe biometrischer Technologien streng geregelt sein, bzw. im Ansatz verhindert werden.

Unser [Statement im Blog](#) und die [RYF-Bündnis Seite](#) auf der Ihr unterzeichnen solltet.

Viktor & Flo: [Reclaim Your Face! Vorstellung der Kampagne](#)

Kurz vor dem Tag der Menschenrechte (10. Dezember) haben viele Statuen und Denkmäler beschlossen, gegen automatisierte Gesichtserkennung aufzubegehren und sich kurzerhand Papiertüten über die Köpfe gezogen. Das einzige Mittel um sich im öffentlichen Raum vor Kameras zu schützen? Bilder von der Aktion findet Ihr [hier](#).

3. Bundestagswahl

Bereits im Februar haben wir ausführliche Forderungen an die demokratischen Parteien im Bundestag verschickt, die so ziemlich alle Aspekte der digitalen Agenda abdecken. Infrastruktur, Offenes Internet, Datenschutz, Sicherheitspolitik und zivilgesellschaftliches digitales Engagement. Wirkt vielleicht erst einmal wie ein Rundumschlag, zeigt aber doch auch wie viele offene Baustellen wir in Deutschland in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen noch haben und wie dringend jetzt eine Politik gefordert ist, die sich um all diese Belange kümmert. Mit einigen Parteien konnten wir im direkten Gespräch einige unserer Forderungen besprechen, so dass diese teilweise ihren Weg in die Wahlprogramme gefunden haben.

Das Positionspapier [findet Ihr hier](#).

Kurz vor der Wahl haben wir uns gemeinsam mit der Organisation [Selbstbestimmt.Digital](#) für den Netzpolitischen Abend im September etwas Besonderes einfallen lassen: Wir haben eine Gesprächsrunde organisiert um mit Vertreterinnen und Vertretern der demokratischen Parteien netzpolitische Themen zu diskutieren:

Grundrechte, Demokratie und Infrastruktur für eine digitale Gesellschaft: Als Gäste waren auf der c-base vor Ort: Saskia Esken (SPD), Tabea Rößner (Die Grünen), Anke Domscheit-Berg (Die Linke), Manuel Höferlin (FDP), Thomas Heilmann (CDU) sowie die beiden Moderatorinnen Julia Kloiber ([Superrr Lab](#)) und Hannah Schilling (Selbstbestimmt.Digital).

Die Aufzeichnung des Netzpolitischen Abends vor kleinem Publikum [findet Ihr hier](#).

Anknüpfend an unsere [Eckpunkte für eine netzpolitische Agenda](#) für die Legislatur aus dem Frühjahr, haben wir uns das [Sondierungspapier der möglichen Ampelkoalition angeschaut](#). Auch wenn es netzpolitisch verhalten optimistisch stimmt, werden wir weiter sehr genau hinschauen, ob die künftige Koalition und ihre Regierung tatsächlich eine Kehrtwende hinlegen: Nicht nur die großen Baustellen angehen, sondern auch die Fehler der Vergangenheit korrigieren und die Interessen der Bevölkerung in den Mittelpunkt einer auf Grundrechten basierten Politik stellen. Skepsis bleibt jedenfalls angebracht, wenn wir uns das bisherige Regierungshandeln der beteiligten Parteien in den vergangenen Jahren in Bund und Ländern anschauen.

4. Beteiligung am Bündnis Digitale Zivilgesellschaft

Mit dem [Bündnis Digitale Zivilgesellschaft](#), an dessen Gründung die DigiGes beteiligt war, gibt es seit Ende Mai 2021 einen neuen Zusammenschluss netzpolitischer NGO's und Gruppierungen, der im Wahljahr konkrete Forderungen an die Politik gestellt hat. Ziele waren digitale Souveränität, eine paritätische Beteiligung der Zivilgesellschaft bei netzpolitischen Entscheidungen sowie die Forderung, die Ergebnisse von mit öffentlichem Geld finanzierten Projekte auch endlich für alle Bürger verfügbar zu machen. Dabei ging es vor allem um demokratische Partizipation, Software (Public Money, Public Code!), Daten aus Verwaltung und Wissenschaft (Open Data) sowie Bildungsmaterialien (Open Educational Resources). Zudem fordern wir die wirtschaftliche, ökologische und soziale Umsetzung der Digitalisierung durch den Aufbau und die Weiterentwicklung dezentraler Infrastruktur auf Basis Freier Software. Zusammengefasst als vier Forderungen gibt es die Ziele auf der Homepage, wo Ihr das Netzwerk auch unterstützen und den Newsletter bestellen könnt, um auf dem Laufenden zu bleiben.

Gemeinsam mit einigen anderen Organisationen aus dem Bündnis haben wir Wahlprüfsteine aufgestellt. Angelehnt an die vier Hauptforderungen an die Politik

wurden die Parteien aufgefordert, sich konkret zu vier Fragen zu äußern, die in den Wahlprogrammen nicht unbedingt zu finden sind. Die Antworten wurden dann zusammengefasst und in einer Einschätzung verglichen um eine Hilfestellung für die Wahl unter digitalpolitischen Aspekten zu geben. [Hier geht es zu unserem Blogpost](#) dazu oder [direkt zu den Wahlprüfsteinen](#).

Bei einer weiteren Kooperation mit der Digitalen Zivilgesellschaft ging es einen Schritt weiter Richtung Zukunft: 15 im Bündnis vertretene Organisationen haben [15 Visionen](#) für das Jahr 2030 entworfen. Ausgehend vom Stand heute wird eine Zukunftsperspektive beschrieben und dann mit konkreten Handlungsempfehlungen für die Politik verbunden. Thematisch wird hier der großen Bogen von Partizipation, Souveränität und Gemeinwohl über Barrierefreiheit und Zukunftsfähigkeit bis zu Open E-Government und KI in der Verwaltung gespannt. Dass die Digitalisierung in Deutschland bislang politisch weitgehend gescheitert ist und selbst Leuchtturmprojekte zumeist kläglich untergehen, ist zum Allgemeinplatz geworden. Um aufzuzeigen, dass das längst nicht so bleiben muss und dass die Digitalisierung noch große Potenziale für eine lebenswertere Gesellschaft bereithält, wurden die Visionen auch als gedruckte Broschüre an die Abgeordneten der demokratischen Parteien im neuen Bundestag versandt.

5. Urheberrecht und Uploadfilter

Inhaltlich haben wir uns im Frühjahr mit der Reform der deutschen Umsetzung des Urheberrechts befasst. Das „Gesetz über die urheberrechtliche Verantwortlichkeit von Diensteanbietern für das Teilen von Online-Inhalten“ (UrhDaG) sieht die Uploadfilter vor, auf die zu verzichten die Regierungsparteien immer wieder versprochen haben. In einer [Pressemitteilung](#) habe wir Stellung dazu genommen und auch auf dem Netzpolitischen Abend (siehe unten) hat unser Vorstandsmitglied Volker Grassmuck noch einmal erklärt, worum es genau geht und warum die Uploadfilter einen Dammbbruch in der Politik bedeuten. Für weitere Aktionen hat die DigiGes ein Bündnis verschiedener Organisationen initiiert, um ein gemeinsames Vorgehen zu koordinieren.

Außerdem haben wir gemeinsam mit [SaveTheInternet](#) die Abgeordneten der CDU/CSU und SPD direkt angeschrieben. Nach den Großdemonstrationen von 2019 hatten diese

versprochen, auf Uploadfilter verzichten zu wollen. Das sieht heute leider ganz anders aus.

[Hier erinnern wir sie an ihr Versprechen.](#)

Anfang März hat Volker Grassmuck mit Matthias Hornschuh, Komponist und GEMA-Aufsichtsrat und Prof. Dr. Susanne Gössl von der Universität Kiel an einer Diskussionsrunde bei Kunstrecht TV teilgenommen. Thema war der Ausgleich zwischen Urhebern und Nutzern. Stolze drei Stunden ging das Gespräch und Ihr könnt es Euch [hier nochmal ansehen](#).

Im April/Mai war Volker Grassmuck noch einmal bei der C/O POP Konferenz als Sprecher zum Thema Uploadfilter eingeladen. Er hat auf der C/O POP gemeinsam mit Volker Hornschuh über die anstehende Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie in deutsches Recht diskutiert.

Zur Urheberrechtsrichtlinie haben wir Ende April noch eine [Stellungnahme an die Mitglieder des Rechtsausschuss des deutschen Bundestags](#) versandt. Darin legen wir die grundsätzlichen Probleme und Gefahren dar, die von Uploadfiltern ausgehen und empfehlen dem Bundestag statt einer Umsetzung der verfehlten Richtlinie auf europäischer Ebene eine Korrektur des Art. 17 zu erwirken – wie die Bundesregierung seinerzeit in der Protokollerklärung zur Richtlinie in Aussicht gestellt hat.

Im Juni dann hat die Europäische Kommission mit großer Verspätung die Leitlinien zur Umsetzung von Art. 17 der Urheberrechtsrichtlinie veröffentlicht. Wie zu erwarten war, wurde darin der Einsatz von Uploadfiltern vorausgesetzt und einige Anforderungen an ihren Einsatz gestellt. Allerdings haben es in letzter Minute, wohl aufgrund von Last-Minute-Lobbying der Rechteindustrie, einige heftige Schlupflöcher für die Anforderungen ihren Weg in die Leitlinien gefunden. Mehr dazu in [unserer Stellungnahme](#).

Dazu auch die [Pressemitteilung vom 27. Januar](#).

102. Netzpolitischer Abend im Februar: [Volker Grassmuck – Die Uploadfilter im neuen Urheberrecht: Wo stehen wir, wie geht's weiter?](#)

[Gastbeitrag zu Uploadfiltern von Tom Jennissen](#) auf netzpolitik.org vom 20. 05. 2021:

6. TERREG: EU-Verordnung zur Bekämpfung terroristischer Inhalte

Ende März haben wir gemeinsam mit 78 europäischen Organisationen [einen Offenen Brief](#) an die Mitglieder des Europäischen Parlaments geschrieben und diese aufgefordert, dem Verordnungsentwurf, der vorsieht, als „terroristisch“ eingeordnete Inhalte einfacher aus dem Netz zu löschen nicht zuzustimmen. Wir sahen die Gefahr, dass durch die Regelung Grundrechte bedroht sind; Insbesondere die Meinungs- und Redefreiheit, der freie Zugang zu Informationen, das Recht auf Privatsphäre und die Rechtsstaatlichkeit.

Die sogenannte TERREG ist dann Ende April, aufgrund eines Versäumnisses der Gegner der Verordnung ohne eine weitere Abstimmung beschlossen worden und tritt in einem Jahr in Kraft. Mehr Infos, auch zur nationalen Umsetzung [hier](#).

8. Verschärfung des Verfassungsschutzrechts

In den letzten Monaten der Legislatur hat die derzeitige Koalition noch eine ganze Reihe äußerst umstrittener Sicherheitsgesetze erlassen. Besonders problematisch war die Änderung des Verfassungsschutzrechts. Zu verschiedenen Änderungen gehörten die Ausweitung des Aufgabenbereichs des Bundesamtes für Verfassungsschutz, vor allem aber die Befugnis zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung inklusive Staatstrojanern für sämtliche Bundes- und Ländergeheimdienste. Die DigiGes hat auch hierzu [eine Stellungnahme](#) veröffentlicht.

9. BYTE CLUB

In den ersten Monaten des Jahres arbeiteten wir auch mit einer studentischen Gruppe an der Universität der Künste zusammen. Die Studierenden beschäftigen sich unter dem Namen BYTE CLUB im Rahmen ihres Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikationsstudiums intensiv mit Gesundheitsdaten. Das Projekt sollte das sperrige Thema mit künstlerischen Mitteln bearbeiten und dieses aus der netzpolitischen Bubble herausgeholt und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Im April hat die Projektgruppe dann den Instagramm-Account der DigiGes übernommen. Die Kampagne könnt Ihr euch [hier ansehen](#).

9. Intransparenz im Cybercrime Komitee

Während die E-Evidence-Verordnung auf Ebene der Europäischen Union weiterhin diskutiert wird, versucht der Europarat im Rahmen der Budapest Konvention weitgehend ohne kritische Öffentlichkeit weitreichende Befugnisse für den internationalen Zugriff von Strafverfolgungsbehörden auf persönliche Daten zu schaffen. Dazu hat das „Cybercrime Komitee“ des Europarats sehr weitgehende Vorschläge gemacht, ohne eine ansatzweise ernstzunehmende Möglichkeit der Partizipation zu ermöglichen. Gemeinsam mit EDRi, der Electronic Frontier Foundation und 39 anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen forderte die DigiGes [in einem offenen Brief](#) den Europarat auf, die Einbindung der Zivilgesellschaft in den Vertragsprozess und die Wahrung der Grundrechte im Vertrag selbst sicherzustellen.

10. Ausweitung des Europol-Mandates

Am 21. Oktober 2021 hat das Europäische Parlament seine Verhandlungsposition für die geplante neue Europol-Verordnung beschlossen. Ebenso wie Kommission und Rat sprachen sich das Parlament für eine massive Ausweitung der Kompetenzen aus. Insbesondere im Bereich der KI-Entwicklung soll Europol zukünftig eine zentrale Rolle zukommen. Nicht nur dürfte eine solche Ausweitung die im Vertrag von Lissabon festgelegten Kompetenzen überschreiten. Die geplante KI-Forschung widerspricht den vom Parlament noch kurz zuvor in einer Entschließung festgelegten Beschränkungen der Nutzung von KI für Polizei- und Strafverfolgungsbehörden. Betroffenen- und Verteidigungsrechte werden nicht im Ansatz gewahrt und die Aufsicht ist unzureichend ausgestaltet.

Die Digitale Gesellschaft hat sich daher – leider erfolglos – mit verschiedenen anderen Organisationen in [einem offenen Brief](#) an die Mitglieder des EU-Parlaments gewandt, sich gegen diese Position zur Europol-Reform auszusprechen.

11. Beteiligung an der Unteilbar-Demo

Am 4. September zog die Großdemo #UNTEILBAR durch Berlin. Aufgerufen hatten über 350 einzelne Gruppen und Vereine für ein solidarisches Miteinander, faire Löhne, bezahlbare Mieten, einen schnellen Wandel in der Klimapolitik, gegen den Rechtsruck und für eine offene Gesellschaft auf die Straße zu gehen. Die DigiGes hatte gemeinsam mit dem Republikanischen Anwältinnen und Anwälteverein (RAV) den Wagen für Demokratie und Menschenrechte organisiert.

Im Blogpost findet ihr den [Redebeitrag als Video und in Textform](#) (und ein paar Bilder von unserem Wagen).

12. Privacy Week Berlin

Angelehnt an die PrivacyWeek, eine Konferenz, die der Chaos Computer Club Wien (C3W) jährlich veranstaltet, fand in Berlin vom 15. - 21. November eine Veranstaltungswoche statt. Ausgerichtet wird die [Privacy Week Berlin](#) von einem Bündnis aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und der Tech-Community. Die Beiträge gab es in diesem Jahr komplett online.

Das „Recht auf Privatsphäre“ ist ein Menschenrecht. Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und weltweit sollte mit der Privacy Week Berlin 2021 erneut ein gemeinsames Zeichen gegen den Abbau unserer demokratischen Grundrechte und den Rechtsdrift in Teilen der Gesellschaft gesetzt werden. Mit einem bunten Programm von Vorträgen, Workshops, Crypto-Parties, Kunst- und Protestaktionen oder auch Podiumsdiskussionen haben wir das Thema aufgenommen. Das Programm verbindet Institutionen, Aktionsgruppen und Einzelakteure und eröffnet die Möglichkeit eigene Formate einzubringen.

In diesem Rahmen haben wir eine Diskussionsrunde mit Johnny Ryan und Jan Schallaböck über die Probleme verhaltensbasierter Werbung und die Möglichkeiten, ihr einen Riegel vorzuschieben, organisiert. Johnny Ryan vom Irish Council for Civil Liberties versucht seit Jahren der Praxis des Real-Time-Bidding ein Ende zu setzen und hat unter anderem eine Klage vor dem Landgericht Hamburg eingelegt. Jan Schallaböck (iRights.Law), Rechtsanwalt und Datenschutzaktivist kämpft seit Jahren

gegen Tracking und für ein ernstzunehmendes Datenschutzrecht. Die (englischsprachige) Diskussion kann [hier](#) noch einmal angesehen werden.

Am 18.11. hat der Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof sein Plädoyer zur deutschen Vorratsdatenspeicherung gehalten. Wie abzusehen war, hat er die ständige Rechtsprechung des EuGH zum Thema erneut dargelegt und festgestellt, dass auch die deutsche Regelung (die derzeit nur ausgesetzt ist) klar gegen europäisches Recht verstößt. Ebenfalls im Rahmen der Privacy Week Berlin haben wir noch am gleichen Tag mit dem Europaabgeordneten Patrick Breyer (Piraten) und Alexander Rabe, dem Geschäftsführer des Verbands der Internetwirtschaft – eco, über die bislang gescheiterten Versuche ihrer Einführung, vor allem aber auch über neue Anläufe einer europäischen Vorratsdatenspeicherung gesprochen, die derzeit in Brüssel geplant werden. Und natürlich über Gegenstrategien. [Hier](#) findet Ihr den Mitschnitt des Gesprächs.

13. Netzpolitischer Abend & rC3

An jedem ersten Dienstag im Monat organisiert die Digitale Gesellschaft den Netzpolitischen Abend. In kurzen Vorträgen stellen vor allem Vertreterinnen und Vertreter von Digital- und Verbraucherschutz-Organisationen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und ehrenamtlich Engagierte Themen, Projekte und Kampagnen vor. Pandemiebedingt mussten wir im ersten Halbjahr diese Abende ohne Publikum veranstalten. Nach und nach haben wir aber unter den jeweils gültigen Hygieneauflagen wieder netzpolitisch Interessierte und Aktive im Berliner Hackerspace und Veranstaltungsort c-base zusammengebracht

Die Netzpolitischen Abende dienen dem Wissensaustausch und der Vernetzung vor Ort. Die Vorträge werden live übertragen und später auf unserem Youtube-Kanal öffentlich zur Verfügung gestellt. Über die Jahre ist so ein umfangreiches, frei verfügbares Wissensarchiv zu Themen rund um Internet und Digitalisierung aus Grundrechts- und Verbrauchersicht entstanden.

[Hier alle Netzpolitischen Abende](#) auf der Webseite der Digitalen Gesellschaft und auf [unserer Youtube-Seite](#).

Statt dem jährlichen Chaos Communication Congress mit rund 17.000 Hackern, Nerds und interessierten Wesen aus der Galaxie gab es jetzt zwischen den Jahren zum

zweiten mal die Remote Chaos Experience rC3. In diesem virtuellen Rahmen hat auch die Digitale Gesellschaft ihren Beitrag geleistet:

Zwar sind die Pläne der neuen Bundesregierung in großen Teilen der netzpolitischen Blase auf recht breite Zustimmung gestoßen. Tenor ist, dass in vielen Bereichen die Vorschläge und Forderungen aus der Zivilgesellschaft ernstgenommen und teilweise in den Vertrag eingeflossen seien. Allerdings ist bei genauerer Betrachtung an vielen Punkten weiterhin Skepsis angebracht, ob denn da wirklich alles Gold ist, was glänzt. Dazu hat Tom Jennissen gemeinsam mit Jens Ohlig einen [kritischen Blick in den Koalitionsvertrag](#) geworfen.

Außerdem hat Sebastian Marg im Gespräch mit Ella Jakubowska (EDRi) die Kampagne „Reclaim Your Face!“ (s.o.) noch einmal [ausführlich vorgestellt](#). Im Rahmen des Vortrags hatte auch das [Mobilisierungsvideo](#) zur Kampagne seine Premiere.

14. Mitgliederversammlung und neuer Vorstand

Am 27. November hat sich die Digitale Gesellschaft zur hybriden Mitgliederversammlung getroffen. Dort wurde unter anderem ein [neuer Vorstand](#) gewählt: Benjamin Wolf und Rüdiger Weis wurden wiedergewählt und bleiben uns auch in den kommenden zwei Jahren als Vorstand erhalten. Volker Grassmuck, dem wir an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich danken wollen, scheidet aus dem Vorstand aus. An seine Stelle tritt Elke Steven, die viele von Euch noch aus ihrer Zeit als Geschäftsführerin kennen. Herzlich willkommen zurück!

Unterstütze uns!

Liebe Freunde und Freundinnen der Digitalen Gesellschaft, Engagement kostet viel Zeit und auch Geld. In diesem Jahr haben wir wieder im Kontext ganz unterschiedlicher Themen für eine zeitgemäße Netzpolitik und für Bürgerrechte gestritten.

Für unsere Arbeit sind wir auf Spenden angewiesen. Nur so können wir die vielen Kampagnen stemmen, unsere Meinung professionell in die Parlamente tragen und für unsere Ziele eintreten. Damit wir auch in den kommenden Jahren die digitalen Grund- und Verbraucherrechte verteidigen können, brauchen wir Eure Unterstützung.

Deshalb am Anfang wie auch zum Schluss die Aufforderung:

Um uns zu helfen, [könnt ihr Fördermitglied werden](#). Fördermitglieder leisten einen wesentlichen Beitrag, dass wir noch besser gegen Industrielobby-Interessen und für mehr Bürgerrechte eintreten können. Übrigens: Ab einem Spendenbetrag von 5 Euro pro Monat gibt es einen schicken Digiges-Stoffbeutel, ab 10 Euro schon ein Digiges-T-Shirt in der gewünschten Größe als Willkommensgeschenk.

Wir freuen uns aber auch über klassische Spenden.

Unsere Kontodaten sind:

Digitale Gesellschaft e.V.

IBAN: DE88430609671125012800

BIC: GENODEM1GLS (44789 Bochum)

Spenden sind ebenfalls [über betterplace](#) möglich:

Alle wichtigen Infos, etwa wie ihr Spenden steuerlich absetzen könnt, [findet ihr hier](#).

Wir freuen uns auf eure Unterstützung.

Eure Digiges

=====
=====

V.i.S.d.P.: Sebastian Marg und Tom Jennissen, Digitale Gesellschaft e.V., Groninger Str.
7, 13347 Berlin